

Factsheet Peacekeeping

DEUTSCHLAND IN FRIEDENSEINSÄTZEN

- 171 sekundierte zivile deutsche Expertinnen und Experten (davon 78 Frauen, entspricht ca. 46%), ca. 1.000 Soldatinnen und Soldaten und 60 deutsche Polizistinnen und Polizisten (davon 26 Frauen, entspricht ca. 39%) arbeiten in internationalen Friedenseinsätzen (Stand: Mai 2025).
- Deutschlands erster Friedenseinsatz: 1989/1990 beteiligten sich der damalige Bundesgrenzschutz (heute Bundespolizei) mit 50 Angehörigen sowie 30 Angehörige der damaligen DDR-Volkspolizei an der UN Transition Assistance Group (UNTAG) in Namibia. Zuvor unterstützte die Bundeswehr schon Anfang der 1970er Jahre mit Lufttransport und Ausrüstung (2917 UNEF II / Naher Osten, 1978 UNIFIL Libanon). Zum ersten Mal mit Personal in einem Friedenseinsatz direkt, beteiligte sich die Bundeswehr 1991-1993 in UNAMIC/UNTAC in Kambodscha.
- Der deutsche Beitrag zum Budget des VN-Peacekeeping beträgt für das Haushaltsjahr 2024/25 rund 317,1 Mio. USD. Damit ist Deutschland viertgrößter Beitragszahler mit einem Anteil von 5,7 % (bis Ende 2024: 6,11 %) am gesamten VN- Peacekeeping-Budget in Höhe von rund 5,6 Mrd. USD.

FRIEDENSEINSÄTZE IN ZAHLEN

Internationale Anstrengungen für Frieden

Vereinte Nationen

- · Aktuell 11 Friedenseinsätze und 23 politische Missionen
- 71 Peacekeeping-Einsätze seit 1948, Markenzeichen der VN
- Personal im Einsatz: ca. 68.000 davon ca. 7.500 zivile Expertinnen und Experten, 54.000 Soldatinnen und Soldaten und 6.100 Polizistinnen und Polizisten
- Erster Friedenseinsatz: United Nations Truce Supervision Organization (UNTSO) überwacht Abkommen im Nahen Osten seit 1948
- Die drei größten Missionen sind MINUSCA/Zentralafrikanische Republik (ca. 17.000), UNMISS/Südsudan (ca. 16.000) und MONUSCO/Demokratische Republik Kongo (ca. 12.000).
- Peacekeeping-Missionen werden vom VN-Sicherheitsrat (VNSR) mandatiert und umfassen z. B. Schutz der Zivilbevölkerung, Unterstützung von Friedensprozessen, Überwachung von Waffenstillständen.
- Zahlreiche Missionen wurden multidimensional und integriert mandatiert, d. h. sie umfassen zivile, polizeiliche und militärische Komponenten.



Europäische Union

- Aktuell 22 EU-Einsätze im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), darunter 12 zivile, 8 militärische und 2 zivil-militärische Einsätze.
 Deutschland beteiligt sich an insgesamt 18 EU-Einsätzen.
- Personal im Einsatz: rund 860 zivile Expertinnen und Experten aus EU-Mitglieds- und Drittstaaten, 3.000 Soldatinnen und Soldaten, 400 Polizistinnen und Polizisten
- Aufgabenspektrum: Training und Ausbildung; strategische Beratung u.a. zu Sicherheitssektorreform, Justizreform, Rechtsstaatlichkeit; Beitrag zur Stabilisierung, Normalisierung und Vertrauensbildung; Beobachtungsaufgaben; Beitrag zur Sicherung der Freiheit der Schifffahrt
- Längster EU-Einsatz: EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina zur Unterstützung der Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds und der Einhaltung des Dayton-Abkommens. Deutschland beteiligte sich von 2004 bis 2012 an EUFOR ALTHEA und ist seit 2022 erneut beteiligt.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

- Zwölf Feldmissionen in Teilnehmerstaaten von Südost- und Osteuropa bis Zentralasien.
 Das von freiwilligen Geberstaaten getragene "Support Programme for Ukraine" setzt zudem die Arbeit der OSZE in der Ukraine seit November 2022 mit einer Vielzahl von Projekten fort und wird vom Sekretariat in Wien gesteuert.
- **Personal im Einsatz:** ca. 225 internationale (kontraktiert und sekundiert) und 1.295 lokale Beschäftigte in Feldoperationen
- Längste Feldoperation: Die seit 1992 bestehende OSZE-Mission in Skopje (Sitz in Skopje, Feldbüro in Tetovo) zählt ca. 133 Mitarbeitende und ist mandatiert, konstruktive interethnische Beziehungen und die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid (2001) zu fördern. Sie wird von dem Deutschen Kilian Wahl geleitet.
- Größte Feldoperation: Die OSZE-Mission im Kosovo ist mit 434 bis zu 491 Beschäftigten in Pristina und fünf Regionalbüros die größte OSZE-Mission. Ihr Kernmandat ist die Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Mit der Sekundierten Cornelia Taylor stellt Deutschland die stellvertretende Leiterin der Mission.
- Deutschland ist zweitgrößter Beitragszahler (12%) für die OSZE-Feldoperationen und unterstützt zudem durch Personalsekundierungen und extra-budgetäre Projektförderung.

Blauhelme: BMVg und Peacekeeping

- Aktuell entsendet die Bundeswehr insgesamt ca. 300 Soldatinnen und Soldaten in die VN-Einsätze MINURSO, UNMISS und UNIFIL. Die VN-Mission im Libanon z.B. wird u.a. durch ein deutsches Schiff in der Maritime Task Force (MTF) unterstützt. Seit Januar 2021 führt Deutschland zudem die multinationale MTF mit einem Admiral.
- Die Bundeswehr hat sich seit 1991 an 14 VN-geführten Peacekeeping Missionen beteiligt: UNAMIC/UNTAC in Kambodscha (1991-1993), UNOSOM II/ Somalia (1993-1994), UNOMIG/Georgien (1994-2009), UNAMIR/Ruanda (1994), UNPROFOR/ ehemaliges Jugoslawien (1995), UNMEE/Äthiopien, Eritrea (2004-2008), UNMIS/Sudan (2005-2011), UNMIL/Liberia (2015-2016), UNAMID/Darfur (2008-2020), MINUSMA (2013-2023), UNIFIL/Libanon (2006-heute), UNMISS/Südsudan (2011-heute), MINURSO/Westsahara (2013-heute).



- Zuvor unterstützte die Bundeswehr schon Anfang der 1970er Jahre mit Lufttransport und Ausrüstung (2917 UNEF II / Naher Osten, 1978 UNIFIL Libanon).
- Das BMVg und die Bundeswehr unterstützt die sog. Peacekeeping-Reform, durch Ausbildung und Kapazitätsaufbau und stärkt damit VN-Truppensteller und Missionen.
- Ausbildungsmaßnahmen der Bundeswehr genießen weltweit hohes Ansehen u.a. durch Lehrgänge am VN-Ausbildungszentrum in Hammelburg, der Führungsakademie der Bundeswehr und Mobilen Training Teams der Bundeswehr wurden in den letzten sieben Jahren Soldatinnen und Soldaten aus über 100 Ländern auf ihren Einsatz für die VN vorbereitet.
- Darüber hinaus wird der Kapazitätsaufbau von VN-Missionen und VN-Truppenstellern z.B. im Bereich C-IED, Aufklärung, Schutzausrüstung, Einsatz von Drohnen, Sanitätsversorgung, Umgang mit Mis-/Desinformation oder der Erhöhung der Operativen Resilienz durch Einsatz erneuerbarer Energiesysteme unterstützt.
- Zur Diskussion über die Zukunft des Peacekeeping und die Generierung von Beiträgen für Friedensmissionen haben das BMVg und das Auswärtige Amt unter Mitwirkung des Bundesministeriums des Innern im Mai 2025 das UN Peacekeeping Ministerial 2025 ausgerichtet. Über 140 hochrangige Delegationen aus Mitgliedsstaaten und Organisationen waren zu Gast in Berlin um Peacekeeping zukunftsfest zu machen.

Zivile Expertise für Einsätze: der Personalpool des ZIF

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) sekundiert im Auftrag des Auswärtigen Amts zivile Expertinnen und Experten in internationale Friedens- und humanitäre Einsätze und sichert damit die zivilen Kapazitäten für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Der Personalpool umfasst etwa **1.600** Profile ziviler Fach- und Führungskräfte, davon rund 49 % Frauen.

Deutsches Personal mit ZIF aktuell im Einsatz (Stand: Mai 2025):

- EU: Zivile GSVP (EU), EU KOM, EAD, EUDEL und EUSB: 97
- OSZE: 31VN: 5
- · Internationale Strafgerichtshöfe: 8
- Humanitäre VN-Organisationen: 6
- Europarat: 7
- NATO: 9
- · Andere: 8

Die meisten zivilen deutschen Expertinnen und Experten arbeiten derzeit für die EU Advisory Mission EUAM in der Ukraine sowie das OSZE-Sekretariat in Wien.

Deutschland stellt den Missionsleiter der OSZE-Mission in Skopje, Kilian Wahl, sowie die stellvertretenden Missionsleitungen der EUPM Moldau (Kirsten Joppe), von EUPOL COPPS (Jörg Krempel), der OSZE-Mission in Moldau (Izabela Hartmann), der OSZE-Mission in Kosovo (Cornelia Taylor), von EUCAP Somalia (Dr. Fabian Löwenberg) und der OSZE-Mission Bosnien und Herzegowina (Thomas Busch).

Etwa **300 Wahlbeobachterinnen und -beobachter** entsendet das ZIF jährlich in Missionen der EU und OSZE. Insgesamt hat das ZIF seit 2002 über 6.800 Wahlbeobachterinnen und -beobachter vermittelt.



Polizeiliches Engagement in VN- und EU-Missionen

Seit 1989 nehmen deutsche Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte des Bundes an friedenssichernden und friedenserhaltenden Einsätzen zwischen- und überstaatlicher Mandatgeber in verschiedenen Krisengebieten der Welt teil.

Seit 1994 erfolgt die Beteiligung an mandatierten Friedensmissionen gemeinsam durch Beamtinnen und Beamte der Polizeien des Bundes, der Länder und der Bundeszollverwaltung.

Derzeit beteiligen sich deutsche Polizistinnen und Polizisten aus Bund und Ländern an drei VN-Missionen sowie neun EU-Missionen.

DEU stellt in der European Union Mission in Armenia mit Dr. Markus Ritter (Bundespolizei) den Head of Mission. Polizeidirektor Ralf Schröder (Bundespolizei) bekleidet die Funktion des Deputy Head of Mission in der European Union Advisory Mission in Iraq.

Einen großen Beitrag leistet Deutschland bei der Reformierung des Trainings der VN-Polizei. Angehörige der drei polizeilichen Trainingsinstitute für die Vorbereitung auf internationale Einsätze haben an der Erstellung neuer allgemeingültiger Curricula für die Vorbereitung von Polizistinnen und Polizisten für ihre Einsätze mitgewirkt.

Auch bietet Deutschland – koordiniert über die VN – polizeistellenden Staaten die Teilnahme an Trainings in Deutschland und die Entsendung sog. Mobile Training Teams an.

Polizeiliches Engagement in VN- und EU-Missionen

Die am Tag des Peacekeeping 2025 geehrten zivilen Expertinnen und Experten, Polizistinnen und Polizisten sowie Soldatinnen und Soldaten sind bzw. waren in den folgenden Ländern und Friedenseinsätzen tätig:

Georgien: EUMM (EU) Somalia: UNSOM/UNTMIS (VN)

Kosovo: OSZE Mssion in Kosovo, KFOR Niederlande: Europarat

Libanon: UNIFIL (VN) Westsahara: MINURSO (VN)

Moldau: EUPM (EU) Palästinensische Gebiete: EUPOL COPPS (EU)

EU Monitoring Mission in Georgia (EUMM Georgia)

Die EUMM Georgia ist eine unbewaffnete zivile Beobachtungsmission. Sie wurde 2008 im Anschluss an die von der EU vermittelte Sechs-Punkte-Vereinbarung, mit der der Konflikt zwischen Georgien und Russland beendet wurde, entsandt.

LINK: https://www.eumm.eu/en/about_eumm

Aufgaben:

- Überwachung der Einhaltung der Sechs-Punkte-Vereinbarung
- · Stabilisierung, Normalisierung und Vertrauensbildung
- · Berichterstattung an die EU

- Die Mission umfasst bis zu 281 internationale Mitarbeitende und 129 Lokalbeschäftigte.
- Missionsleiterin ist seit April 2024 die Offizierin der französischen Gendarmerie Frau Bettina Patricia Boughani.



EU Partnership Mission in the Republic of Moldova (EUPM Moldova)

Ziel der seit 2023 bestehenden zivilen, nicht-exekutiven EU-Partnerschaftsmission in der Republik Moldau ist, die Krisenmanagementstrukturen, insbesondere die Resilienz der Sicherheitsbehörden gegenüber hybriden Bedrohungen wie Desinformationskampagnen und Cyberangriffen, zu stärken.

LINK: https://www.eumm.eu/en/about eumm

Aufgaben:

 Umgesetzt wird dies durch strategische Beratung und Projektunterstützung zum Aufbau nötiger Kapazitäten im sicherheitspolitischen Bereich und zur Förderung der weiteren EU-Annäherung des Landes.

Umfang:

- Die Mission umfasst bis zu 40 internationale Mitarbeitende und 15 Lokalbeschäftigte.
 Aktuell beteiligen sich 13 EU-Mitgliedstaaten.
- Davon umfasst sind auch Missionsangehörige, die in sogenannten Specialised Teams als Kurzzeitexpertinnen und -experten die EUPM unterstützen. Diese Entsendeform entspricht dem noch jungen Ansatz der EU, im Rahmen der Umsetzung des sogenannten Compact 2.0 zur strategischen Entwicklung ziviler Fähigkeiten, Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik modularer, skalierbarer und flexibler zu gestalten.
- · Missionsleiter ist der rumänische Diplomat Cosmin Dinescu.

EU Mission for the Support of Palestinian Police and Rule of Law (EUPOL COPPS)

EUPOL COPPS unterstützt seit 2006 als zivile, nicht-exekutive GSVP-Mission die Palästinensische Behörde bei der Reform und Entwicklung des Sicherheits- und Justizsektors in den palästinensischen Gebieten – faktisch jedoch seit geraumer Zeit ausschließlich im Westjordanland.

LINK: https://eupolcopps.eu/

Aufgaben:

- Das Mandat umfasst schwerpunktmäßig den Aufbau von nachhaltig wirksamen und rechtsstaatlichen Strukturen in der Polizei und Strafrechtspflege.
- Durch strategische Beratung und Projektarbeit im palästinensischen Innen- und Justizministerium sowie mit der Palestinian Civil Police (PCP) sollen palästinensische Sicherheitsinstitutionen gestärkt und deren Zusammenarbeit ausgebaut werden.

- Die Mission umfasst bis zu 72 internationale Mitarbeitende und 35 Lokalbeschäftigte.
 Derzeit ist Personal aus 16 EU-Mitgliedstaaten und einem Partnerland (Kanada) eingesetzt.
- Missionsleiterin ist die Schwedin Karin Limdal und stellvertretender Leiter ist der Deutsche Jörg Krempel.



OSZE Mission im Kosovo

Im Kosovo befindet sich die größte Feldoperation der OSZE und zeichnet sich durch ein besonders breites Aktivitätsspektrum aus. Der Fokus des Mandats liegt auf dem Aufbau und der Stärkung von Institutionen und Demokratie.

LINK: https://www.osce.org/mission-in-kosovo

Aufgaben:

- Die Mission setzt sich vor allem im Bereich Schutz und Förderung von Menschenrechten, einer verantwortungsvollen Regierung und Gleichberechtigung ein.
- Durchführung von Trainings mit Justizpersonal und der kosovarischen Polizei
- Unterstützung bei der Abhaltung von Wahlen

Umfang:

- In der Mission arbeiten 434 Personen.
- Missionsleiter ist der Brite Gerard McGurk, stellvertretende Missionsleiterin ist die Deutsche Cornelia Taylor.

Kosovo Force (KFOR)

Seit 1999 gibt es ein unbefristetes Mandat des Deutschen Bundestages zu einer deutschen Beteiligung an der Kosovo Force. Grundlage des Einsatzes ist die Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und der Einsatzbeschluss der NATO vom 30. Januar 1999. Das aktuelle Mandat gestattet den Einsatz von bis zu 400 deutschen Soldatinnen und Soldaten im Kosovo.

Aufgaben:

- Politische Stabilisierung der Republik Kosovo und der gesamten Balkanregion durch die militärische Absicherung des Friedens
- Gewährleistung eines sicheres Umfeldes und Sicherstellung der Bewegungsfreiheit
- · Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Aufklärung und Beratung.
- Unterstützung der Entwicklung eines stabilen, demokratischen, multiethnischen und friedlichen Kosovo

- Die KFOR-Mission ist derzeit circa 5.000 Soldatinnen und Soldaten stark.
- Das deutsche Einsatzkontingent KFOR umfasst circa 300 Soldatinnen und Soldaten.
- Eingesetzt ist das deutsche Personal im Hauptquartier, in der Einsatzkompanie sowie als Unterstützungskräfte.
- Derzeit sind Soldatinnen und Soldaten aus 29 Nationen bei KFOR eingesetzt.
- Die größten Truppensteller sind derzeit Italien (~900), die Vereinigten Staaten von Amerika (~780), Türkei (~430), Polen (~320), Deutschland (~300), Ungarn (~290) und Griechenland (~285).



United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)

UNIFIL begann 1978 als Beobachtermission zur Überwachung des Abzugs israelischer Truppen aus dem Südlibanon und Unterstützung der libanesischen Regierung bei der Wiederübernahme der Kontrolle über das Staatsgebiet. Nach dem Zweiten Libanonkrieg 2006 wurde das Mandat von UNIFIL durch Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erweitert, die Truppenobergrenze signifikant aufgestockt und ein multinationaler Flottenverband (Maritime Task Force, MTF) etabliert. Deutschland beteiligt sich seit 2006 an UNIFIL. Das derzeitige Bundestagsmandat hat eine Obergrenze von bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten und läuft bis zum 30. Juni 2025.

Aufgaben:

- Überwachung des Waffenstillstands zwischen Libanon und Israel
- Begleitung und Unterstützung der Libanesischen Streitkräfte bei ihrem Einsatz im Südlibanon bei gleichzeitigem Rückzug Israels und der Hisbollah aus dem Gebiet zwischen Litani-Fluss und der "Blue Line"
- Unterstützung für die libanesischen Streitkräfte bei der schrittweisen Einrichtung eines Gebietes frei von bewaffneten Gruppen, Material und Waffen (außer denen der libanesischen Regierung sowie UNIFIL, die in diesem Gebiet eingesetzt sind)
- Unterstützung der libanesischen Regierung, um die unautorisierte Einfuhr von Waffen und vergleichbarem Material in den Libanon zu verhindern

Umfang:

- Die Personalobergrenze des VN-Mandats UNIFIL liegt bei 13.000 Soldatinnen und Soldaten mit einem Fokus auf die Dimension Land.
- Derzeit sind ca. 11.000 Soldatinnen und Soldaten sowie polizeiliches und ziviles Personal aus 48 Nationen in Libanon eingesetzt.
- Die größten Truppensteller sind derzeit Indonesien (~1.200), Italien (~1.100), Indien (~900), Nepal (~875), Malaysia (~835), Frankreich (~750) und Spanien (~670).
- Der deutsche Beitrag umfasst die Führung der Maritime Taskforce auf Admiralsebene und die Beteiligung mit einer seegehenden Einheit (derzeit Fregatte Brandenburg), sowie die Beteiligung mit Stabs- Unterstützungs- und Verbindungspersonal sowie mit Personal für den Fähigkeitsaufbau der libanesischen Marine.

United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara (MINURSO)

Die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in der Westsahara (MINURSO) wurde durch die Resolution 690 (1991) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Einklang mit den am 30. August 1988 von Marokko und der Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro (Frente POLISARIO) angenommenen Lösungsvorschlägen eingerichtet.

Aufgaben:

- Überwachung des Waffenstillstandes zwischen dem Königreich Marokko und der Unabhängigkeitsbewegung Frente Polisario und Durchführung eines Referendums
- Logistische Unterstützung von vertrauensbildenden Maßnahmen des UNHCR sowie Überwachung der Minen- und Munitionsräumung

- MINURSO hat eine Gesamtstärke von bis zu 245 Missionsangehörigen (Militär) und bis zu 433 zivile Mitarbeiter.
- Die größten Truppensteller sind Bangladesch (28), Ägypten (20), Ghana (13), Pakistan (13), Honduras (11), Brasilien, Malaysia und Nigeria (je 10).
- Deutschland beteiligt sich seit 2013 mit bis zu vier Militärbeobachterinnen und Militärbeobachtern an der Mission.



UN Transitional Assistance Mission in Somalia (UNTMIS)

Die United Nations Transitional Assistance Mission in Somalia (UNTMIS) ist eine politische Mission der Vereinten Nationen, die am 1. November 2024 ihre Arbeit aufnahm. Sie löste die United Nations Assistance Mission in Somalia (UNSOM) ab und wurde durch die Resolution 2753 des UN-Sicherheitsrates vom 30. Oktober 2024 ins Leben gerufen.

Aufgaben:

UNTMIS verfolgt einen zweiphasigen Übergangsprozess, der bis zum 31. Oktober 2026 abgeschlossen sein soll. In der ersten Phase bis zum 31. Oktober 2025 liegt der Fokus auf:

- Unterstützung des Staatsaufbaus, einschließlich der Verfassungsreform und der Durchführung freier und fairer Wahlen
- Förderung und Schutz der Menschenrechte
- Stärkung des Rechtsstaatsprinzips, einschließlich Justiz, Strafvollzug und Sicherheitssektor.
- · Koordination der internationalen Geberunterstützung
- · Koordination der VN-Aktivitäten in Somalia

Die Resolution bringt die Absicht zum Ausdruck, das Mandat der Mission mit dem Abschluss des geplanten Übergangs in ein VN-Länderteam spätestens zum 31. Oktober 2026 zu beenden.

Umfang:

- Truppen: 625Experten: 6Polizei: 8
- UN-Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für Somalia und UNTMIS-Leiter ist James Swan.

Europarat, Den Haag - Register of Damage caused by the Aggression of the Russian Federation against Ukraine

Der Europarat mit Sitz in Straßburg in Frankreich ist die älteste und führende gesamteuropäische Staatenorganisation zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Deutschland wurde vor genau 75 Jahren Mitglied.

LINK: https://www.coe.int/de/web/portal

Aufgaben:

- Der Europarat entwickelt völkerrechtlich verbindliche Standards und kontrolliert deren Einhaltung. Ein Grundpfeiler ist die Europäische Menschenrechtskonvention, über deren Einhaltung der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wacht.
- Der Europarat unterstützt seine Mitgliedstaaten in vielen Bereichen bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, beispielsweise im Kampf gegen Terrorismus, Rassismus und Gewalt gegen Frauen.
- Der Europarat stärkt auch die Meinungs- und Pressefreiheit und unterstützt die Zivilgesellschaft.
- Derzeit liegt ein Schwerpunkt in der Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg, z. B. durch die Einsetzung eines Registers zur Erfassung von Kriegsschäden. Damit trägt der Europarat zur Rechenschaftspflicht Russlands für begangene Kriegsverbrechen bei.

- · 46 Mitgliedstaaten, darunter die 27 Mitgliedstaaten der EU
- 2.200 Angestellte
- Hauptsitz in Straßburg (Frankreich), unterhält weitere Büros und Institutionen (wie das Schadensregister Ukraine in Den Haag, Niederlande)

